

ArbeitnehmerGRUPPE a k t u e l l

Mai 2019

Informationen aus der Arbeitnehmergruppe

Extreme Ansätze kosten die Freiheit

Nur die Soziale Marktwirtschaft wird dem Menschen gerecht



**Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,**

**„Überwindet Marxismus und
Kapitalismus: Soziale Marktwirtschaft“**

...mit dieser Aussage gewann die Union 1949 die erste Bundestagswahl. Sie stammte aus den „Düsseldorfer Leitsätzen“, die im gleichen Jahr verabschiedet worden waren und die Soziale Marktwirtschaft als „Dritten Weg“ zwischen den menschenfeindlichen Extremen definierten.

Verstaatlichung und Enteignung, diese Begriffe prägen derzeit die „Neuaufstellung“ der SPD. Reine Staats-

wirtschaft führte zum materiellen und ideellen Bankrott der DDR. Sie kann kein geeignetes Rezept sein. Ziel des Wirtschaftens ist die Deckung der Bedürfnisse des Menschen. Wer das Angebot von Gütern und Dienstleistungen in die Hände des Staates legen will, der will auch den Menschen mit seinen Bedürfnissen kontrollieren.

Die Niederlage des planwirtschaftlichen Systems war sicher nicht ein Sieg des Kapitalismus. Die Union hat Deutschland ein eigenständiges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gegeben, in dem die Extrempositionen von Sozialismus und Kapitalismus überwunden wurden. Ein Erfolgsmodell, das weltweit viele Bewunderer

findet und auch die Wirtschaftsordnung der Europäischen Union ist.

Soziale Marktwirtschaft ist nicht dogmatisch, sondern dynamisch. Wettbewerb und sozialer Ausgleich sind zwei Seiten derselben Medaille. „Wohlstand für alle“ und die Förderung von Teilhabe und Eigentum für viele gehören zu ihren Kerngedanken. Im Zentrum: der Mensch. Deshalb steht auch die Bewahrung der Schöpfung als Lebensgrundlage, die sich in der ökologischen Frage ausdrückt, nicht zu ihr im Widerspruch.

Anders als im liberalistischen Gesellschaftsmodell ist unser Staat „Hüter des Gemeinwohls, Schiedsrichter im Wettbewerb und Anwalt der Schwachen.“ Der Markt alleine ist blind für soziale und ökologische Verwerfungen. Deshalb wollen wir einen engagierten Staat, der den Rahmen setzt und nachrangig eingreift. Dieses Modell ist nie abgeschlossen, sondern mit seinen Leitideen höchstmodern. Während andere verstaubte Sozialismusdebatten führen, entwickeln wir Sozialen Marktwirtschaft weiter. Unser Ziel: Arbeit und Eigentum für alle.

Ihr/ Euer

Uwe Schummer

Inhalt

Uwe Schummer - Extreme Ansätze kosten die Freiheit - Nur die Soziale Marktwirtschaft wird dem Menschen gerecht 1

Soziale Marktwirtschaft gehört fest zum europäischen Projekt 2

Elmar Brok: Ein Europa der Erfolge, nicht der Krisen 3

Fachgespräch „Arbeit in einer sich digitalisierenden Welt“ 3

Kerstin Vieregge - Es lohnt sich, Soldat zu sein - Wir machen den Arbeitgeber Bundeswehr attraktiver 4

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Newsletter „Arbeitnehmergruppe aktuell“ erscheint regelmäßig monatlich in den Sitzungszeiten des Deutschen Bundestages. Die elektronische Fassung können Sie abonnieren. Bitte senden Sie uns hierzu unter dem Stichwort „Newsletter-Abo“ eine E-Mail an arbeitnehmergruppe@cducsu.de.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Uwe Schummer MdB
Redaktion: Stefan Klinger (verantwortl.)
Mitarbeit: Robert Schwöpe, Christina Molzahn
E-Mail: arbeitnehmergruppe@cducsu.de
Foto Titel: Jan Kopetzky

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Soziale Marktwirtschaft gehört fest zum europäischen Projekt



Wir brauchen die Europäische Union mehr denn je, um die Belange unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen. Die EU ist das größte Wohlstands- und Friedensprojekt in der europäischen Geschichte. Wir wollen dieses Projekt beleben und weiterentwickeln.

Unsere bewährte Soziale Marktwirtschaft ist fester Bestandteil dieses Projektes. Wir haben diese Wirtschaftsordnung in den europäischen Verträgen festgeschrieben. Zwar werden neue Technologien und Produktionsverfahren Wirtschaft und Arbeitswelt massiv verändern. Doch unsere Aufgabe ist es, zusammen mit den Sozialpartnern auf nationaler wie europäischer Ebene sicherzustellen, dass alle Geschäftsmodelle mit der sozialen Marktwirtschaft im Einklang stehen. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen Zugang zu menschenwürdiger Arbeit haben und ihre sozialen Rechte wahrnehmen können.

Europäische Mindeststandards, beispielsweise zum Arbeitsschutz, sorgen für menschenwürdige Arbeitsbedingungen im Sinne der Christlichen Soziallehre. Sie fördern auch eine Annäherung von Standards zwischen den EU-Staaten. Gleichzeitig schaffen sie die Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb ohne So-

zialdumping. Dieses ist ganz im Interesse der Betriebe, die sich den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet sehen.

In der Sozialen Marktwirtschaft sind wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Fortschritt zwei Seiten ein und derselben Medaille. Alle Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission haben sich der sogenannten europäischen Säule sozialer Rechte verpflichtet. Zu diesem Paket von Grundsätzen und Rechten gehören angemessene Löhne, der Zugang zu sozialem Schutz und eine gute Work-Life-Balance für alle. Um auch in einer sich digitalisierenden Welt Wettbewerbsfähigkeit mit sozialer Fairness in Einklang bringen zu können, brauchen wir zudem neue Impulse aus dem sozialen Dialog auf europäischer Ebene.

Wenn wir Wert auf eine gerechte europäische Ordnung legen, müssen wir die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern achten. Wir können nicht zulassen, dass Unternehmen ihren Firmensitz verlagern oder ihre Rechtspersönlichkeit verändern, nur um in Deutschland garantierte Mitbestimmungsrechte zu unterlaufen.

Elmar Brok: Ein Europa der Erfolge, nicht der Krisen



Elmar Brok (dritter von links) mit Max Straubinger, Uwe Schummer und Peter Weiß (von links nach rechts)

Bild: Robert Schwöpe

Auch wenn sich in der öffentlichen Darstellung oft das Bild eines Europas in der Krise wiederfindet, ergeben die Fakten ein anderes Bild. Das legte der Europaabgeordnete Elmar Brok im Gespräch bei der Arbeitnehmergruppe dar. Seit Amtsantritt des luxemburgischen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker sind, wie Brok ausführte, 12 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Die Arbeitslosenquote ist die geringste seit dem Jahr 2000. Gleichzeitig sind die Löhne europaweit gestiegen. Positiv sei, so Brok, auch die Entwicklung bei der Jugendarbeitslosigkeit, auch wenn es in

einzelnen Ländern weiterhin Ausreißer gebe. Das liege aber am Fehlen praxisnaher Ausbildungsstrukturen wie der Dualen Ausbildung in Deutschland. Hier könne nur eine Veränderung der Strukturen helfen und nicht eine europäische Sozialpolitik.

Der wohl renommierteste deutsche Europaparlamentarier sprach sich für ein „Europa der Solidarität, nicht der Ungleichheit“ aus. Sozialpolitik werde immer Bestandteil des Europäischen Prozesses sein. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass Europa ein Platz

für Sozialdumping ist. Mit der Entsenderichtlinie habe die EU dem Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ zum Durchbruch verholfen. Brok hob auch die Bedeutung sozialer Mindeststandards auf europäischer Ebene hervor. Diese würden den Menschen helfen und das Ziel einer Angleichung der Lebensverhältnisse unterstützen. Zugleich werde die deutsche Wirtschaft vor Wettbewerbsverzerrungen geschützt.

Brok betonte auch die Unverzichtbarkeit einer aktiven strategischen Industriepolitik auf EU-Ebene. Ohne die Initiative von Staaten hätte es den Airbus nicht gegeben, so Brok. Er forderte einen digitalen Binnenmarkt, „um damit Arbeitsplätze auch in den klassischen Bereichen der Wirtschaft zu sichern“. Erforderlich sei zudem das Mehrheitsprinzip bei bestimmten steuerpolitischen Entscheidungen. Bestehende Lücken bei der gemeinsamen Steuerpolitik begünstigten die großen Digitalkonzerne, die sich so einer leistungsgerechten Besteuerung entziehen könnten.

Fachgespräch „Arbeitsschutz in einer sich digitalisierenden Arbeitswelt“ der Arbeitnehmergruppe

Montag, 3. Juni 2019, von 13.00 bis 15.00 Uhr, Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Raum E.600, Berlin.

Die Arbeitswelt befindet sich nicht zuletzt wegen der Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltungen in einem Wandel, der an Dynamik noch zunehmen wird. Diese Entwicklung wird unter dem Begriff „Arbeit 4.0“ zusammengefasst. „Arbeit 4.0“ bringt neue Arbeitsformen (z. B. Crowdworking, Soloselbstständigkeit) und Arbeitsverhältnisse (z. B. flexible Arbeitszeitmodelle, Telearbeit) hervor, die vielerorts zu einer Neuorganisation von Arbeit führen. In manchen Branchen entkoppelt sich Arbeit schrittweise vom Betrieb. Telearbeit, mobiles Arbeiten und das sogenannte „Homeoffice“ sind hier oft benutzte Schlagworte. Der hinzugewonnenen individuellen Flexibilität stehen aber auch Gefahren der Selbstausbeutung und des Verschwimmens der Grenzen von Arbeit und Privatleben gegenüber.

Welche Rolle spielen der Arbeits- und Gesundheitsschutz, wenn sich Arbeit verstärkt außerhalb des klassischen Betriebs abspielt? Welche neuen Instrumente sind erforderlich? Wo liegen gute Ansatzpunkte für eine menschen- und gleichzeitig zukunftsgerechte Arbeitsgestaltung in Deutschland? In einem Expertengespräch werden Fachleute über diese und andere Fragen diskutieren. Ziel ist es, im Hinblick auf „Arbeit 4.0“ Chancen zu nutzen und Risiken zu vermeiden.

Weitere Informationen unter

<https://www.cducsu.de/veranstaltungen/arbeitsschutz-einer-sich-digitalisierenden-arbeitswelt>

Anmeldung an christina.molzahn@cducsu.de bis zum Mittwoch, 29. Mai 2019.

Es lohnt sich, Soldat zu sein - wir machen den Arbeitgeber Bundeswehr attraktiver

Kerstin Vieregge



Verbesserungen, die Bundeswehrangehörigen zu Gute kommen.

Zu den prägnantesten Neuerungen gehört, dass einsatzgleiche Verwendungen mit einem Auslandsverwendungszuschlag der Stufen Drei oder höher im Hinblick auf die Versorgung genauso behandelt werden wie ein vom Bundestag mandatierter Auslandseinsatz. Dies gilt insbesondere für die im Rahmen der NATO-Mission Enhanced Forward Presence in Litauen eingesetzten Soldatinnen und Soldaten. Sie werden damit ihren Kameradinnen und Kameraden zum Beispiel in Afghanistan gleichgestellt.

Kerstin Vieregge - Arbeitsgruppe Verteidigung

Mit dem Bundeswehr-Einsatzbereitschaftsstärkungsgesetz wollen wir die Attraktivität des Soldatenberufs stärken und die Bundeswehr als Arbeitgeber fit für die Zukunft zu machen. Ende Februar 2019 bestanden die deutschen Streitkräfte aus 182.055 aktiven Soldaten und Soldatinnen, darunter immerhin 8.684 Freiwillig Wehrdienstleistende. Dies ist ein spürbarer Aufwuchs seit dem historischen Tiefstand vom Juni 2016 mit rund 166.500 Berufs- und Zeitsoldaten.

Im Jahr 2025 soll schließlich eine Zielmarke in Höhe von 203.000 Soldatinnen und Soldaten erreicht werden. Doch dazu muss noch viel getan werden. Angesichts der spätestens seit dem sicherheitspolitischen Wendejahr 2014 veränderten Lage ist dies ebenso dringend geboten wie die Trendwenden für mehr Material und eine verbesserte finanzielle Ausstattung. Deutsche Soldaten stehen heute in einem Krisenbogen von Mali, über Jordanien und Irak, bis nach Afghanistan. Hinzu kommt die Lage an der Ostflanke der NATO und der daraus resultierenden Präsenz unserer Streitkräfte im Balti-

kum. Diese kurze Schilderung stellt nur einen kleinen Überblick deutscher sicherheitspolitischer Aktivitäten dar und macht dennoch deutlich, wie sehr Deutschland auf eine leistungsfähige Bundeswehr angewiesen ist. Nicht ohne Grund bildet die neue Gleichrangigkeit von Bündnis- und Landesverteidigung einerseits, und Internationalen Krisenmissionen andererseits, die wichtigste Grundlage für alle Zukunftsplanungen der Bundeswehr. Denn Frieden, Freiheit und Sicherheit gibt es nicht umsonst. Weder in Deutschland noch sonst irgendwo auf der Welt.

Gesetz sieht umfassende Verbesserungen vor

Somit ist es notwendig, den Dienst attraktiver zu machen: Durch einen erweiterten Schutz im Ausland, mehr Geld für freiwillig Wehrdienstleistende, höhere soziale Sicherheit im Alter, neue Anreize für Reservisten und bessere Karriereperspektiven für Unteroffiziere. Mit dem Bundeswehr-Einsatzbereitschaftsstärkungsgesetz sorgen CDU und CSU für umfassende

Erwähnenswert ist außerdem der neue Karriereweg für die Dienstgradgruppe der „Unteroffiziere ohne Portepée“. Diese können künftig auch Berufssoldaten werden. Dies sorgt für Gerechtigkeit, denn die Unteroffiziere gehören im Dienstalltag zu den Stützen unserer Bundeswehr. Ihnen wird die Möglichkeit gegeben, die Vorteile des Status eines Berufssoldaten zu genießen und der Truppe für ihr gesamtes Berufsleben erhalten zu bleiben.

Insgesamt umfasst das Regelwerk Änderungen an dreißig Gesetzen und Verordnungen. Dieses Maßnahmenbündel wird den Bund in den nächsten vier Jahren etwa 380 Millionen Euro kosten. Weitergehende Maßnahmen zur Modernisierung des Besoldungs- und Versorgungsrechts, sowie des Umzugskosten- und Reiserechts, werden Ende des Jahres in einem weiteren Artikelgesetz ins Parlament eingebracht.

Unsere Soldatinnen und Soldaten stehen gemeinsam mit den zivilen Bediensteten für Frieden, Freiheit und Sicherheit ein. Dafür verdienen sie die Wertschätzung des Staates und der Gesellschaft. Es muss sich lohnen, Soldat zu sein.